

Der Gewerksverein.

Organ des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine
und des Deutschen Arbeiterbundes.

Erscheint jeden Sonnabend.
Wertschätzlicher Abonnementspreis: 1/4, Sgr. = 26 St. Cdb.
Redaktion: Expedition: Kaufhaus-
straße 27. Alle Buchhaltungen,
für Berlin alle Zeitungs-Expe-
ditionen, nehmen Bestellungen
an.

Herausgegeben unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände

von

Dr. Max Hirsch.

Der Abonnent des unabhän-
gigen Organes unter einer
Bedingung steht an den Ver-
kaufsstellen an, tritt bei ein-
maliger Bestellung von 4 Sgr. = 26 St.
von Hirsch ein, welche franco
eingesendet sind.

Nr. 50.

Berlin, den 10. December 1870.

Zweiter Jahrgang.

zur Arbeiterbewegung.

Von Otto P. Behr in Altona.
(Fortsetzung.)

Man spricht vom menschlichen „Recht auf Arbeit“. Dem ist zu entgegen: Arbeit findet Jeder, ohne Rechte geltend zu machen, wenn es ihm bloß um Arbeit zu thun ist. Aber das erste aller menschlichen Rechte ist das Recht auf Existenz. Im Naturzustande macht jedes lebende Wesen dieses Recht geltend so weit seine Kraft und Gelegenheit reicht, und erreicht es seinen Zweck nicht, so ist kein anderes dafür verantwortlich. Im Kulturzustande aber, im Staat, in der organisierten Gesellschaft, hat die Naturfreiheit ein Ende. Jedes Mitglied ist an die Rücksicht auf Andere gebunden und von ihnen abhängig. Es verzichtet auf die unbefristete Selbsthilfe, aber nur in der stillschweigenden Voraussetzung, dafür Ersatz zu finden durch die Hilfe der Gesellschaft, sofern eigene Kraft und eigener Wille zur Erfüllung seiner Existenzbedingungen nicht ausreicht. Die Gesellschaft übernimmt eine Verantwortlichkeit, indem sie Pflichten einführt, und das Recht, wofür sie verantwortlich sein muß, ist die Existenzbedingung derjenigen ihrer Mitglieder, welche die Mittel dazu durch Arbeit zu erwerben bereit, aber nicht dazu im Stande sind. Der Staat muß also denen, welchen die Möglichkeit fehlt, im freien Verkehr Arbeit zu finden, oder durch die Arbeit hinreichende Mittel zu erwerben, in letzter Instanz die wichtigsten Existenzmittel entweder durch direkte Arbeitsteilung oder durch Einrichtungen sichern, durch welche sie selbst eine Gelegenheit zu lohnender Thätigkeit schaffen können. *) Erkennt der Staat diese aus seiner Natur und Bestimmung hervorgehende Forderung nicht an, so tritt er mit sich selbst in Widerspruch, er übernimmt aus dem Naturzustand das Recht des Stärkeren, das er abschaffen wollte, und schafft die freie Selbsthilfe ab, um völlige Hilflosigkeit des Schwächeren an die Stelle zu geben.

Natürlich beschränkt sich die Pflicht und mit ihr das Interesse der organisierten Gesellschaft nicht darauf, in letzter Instanz ihren Mitgliedern die bloße leibliche Existenz zu sichern. Der Staat ist ihnen eben diejenige Ausbildung ihrer Fähigkeiten schuldig, welche sie zur Selbsterhaltung durch eigene Thätigkeit in den Stand setzt, und im weiteren Verlauf seiner Aufgabe die Gelegenheit zur Veredelung, Lebenserleichterung und Lebensverschönerung, welche der Einzelne sich nicht selbst verschaffen kann.

Das Mittel nun, den Staat zur Erfüllung aller dieser Aufgaben in den Stand zu setzen und zu vermögen, besteht in dem gleichen Recht aller Bürger, auf ihn einzuwirken, d. i. im gleichen allgemeinen Stimmrecht, oder in der wahren Demokratie.

Wo keine wahre Demokratie besteht, wo gewisse Teile der Bevölkerung von dem Rechte, auf den Staat einzuwirken, ausgeschlossen sind, da und nur da bestehen Abhüllungen, welche man „Klassen“ nennt. In der wahren Demokratie von Klassen zu reden, weil es auch in ihr verschiedene Stände und Berufsarten giebt, ist

geradezu ein Unsinn. Man sucht den Arbeitern einzubilden, ihre „Klassen“-Stellung werde dadurch entschieden, daß sie für ihre Arbeit „Lohn“ empfangen. Entschieden der „Lohn“ über die Klassenstellung, so gehört jeder Beamter, jede Sängerin u. s. w. ebensogut in die Klasse der Arbeiter, wie jeder Schuster und Schneider, der nicht ein eigenes Geschäft betreibt. Die Lohn-Klassifikation ist ächt kommunistisch. Es wird Lohn geben, so lange es Kapital giebt, und Kapital wird es geben, so lange es Eigentum giebt. Das Eigentum wird nur durch den Kommunismus abgeschafft.

Man verlangt jetzt von den Arbeitern, sie sollten ihr Stimmrecht als Klasse ausüben und eine besondere Partei bilden. Sich als Menschen und Bürger zu fühlen und zu betragen, die gewisse Interessen geltend zu machen und gewisse Reformen durchzuführen haben, stellt man ihnen als verkehrt und fruchtlos dar. Sie sollen eine Klasse bleiben, dann aber können durch jeden Akt der Gesetzgebung, sobald ein Theil der Staatsbürger damit nicht einverstanden, sich „Klassen“ bilden. Allen diesen Klassen wird dann zugemutet, daß sie ihr Stimmrecht gebrauchen und Propaganda zu machen suchen, um Gesehe abzuschaffen, die ihnen zuwider sind, und Einrichtungen einzuführen, die ihren Wünschen entsprechen. So lange ihnen aber das Stimmrecht und die freie Agitation bleiben, wird es Keinem einfallen, sie als eine Klasse zu betrachten. Und genau in diese gehören diejenigen Bürger, welche bei der jetzigen Gesellschafts-Einrichtung durch Arbeit überbürdet sind, ohne dadurch ein menschenwürdiges Dasein erringen zu können; welche unter Gesehen leiden, die sie hindern eine Besserung ihrer Lage herbeizuführen; welche Einrichtungen abschaffen wollen, die Andere bevorzugen, oder Einrichtungen einführen, wodurch sie selbst zu ihren Rechten gelangen. Auf diesem Boden stehend und von den allgemeinen Menschenrechten ausgehend, werden die „Arbeiter“ überall diejenigen auf ihrer Seite finden, die überhaupt die Geltendmachung der Menschenrechte zu ihrer Aufgabe machen. Und deren Zahl ist nicht gering. Als künstlich etablierte Klasse aber, zumal als eine solche, die auf einen unhaltbaren Eitel pocht, und darauf ein Recht des Herrschens gründen will, wird sie Niemanden auf ihrer Seite finden, als die Demagogen, die sie benutzen.

Was diese eigentlich wollen, das verrathen sie am Deutlichsten durch den traffen Widerspruch, in welchen sie durch ihre Klassen-Theorie mit sich selbst gerathen. Sie behaupten, die Klassen ab zu schaffen zu wollen, und gleichzeitig reden sie ihren Gläubigen beständig zu, ein recht tiefes Klassenbewußtsein in sich auszubilden. Es ist, als wolle man die Nationalitäten abschaffen durch eifrige Ausbildung des Nationalgefühls oder die Sklaverei durch Pflege der Sklavengemüthen. Wer die Klassen abschaffen will, sollte vor allen Dingen mit sich selbst den Anfang machen und nicht von Klassenboden ausgehen, sondern sich auf denjenigen stellen, der jede Klasse von vornherein ausschließt, nämlich den des gleichen allgemeinen Menschenrechts. Aber die Abschaffung der Klassen, die mit der Ausbildung des Klassenbewußtseins beginnt, heißt nichts weiter, als

Herrschaft der Arbeiterklasse mit den Kommunisten an der Spitze.

Alle Mitglieder einer organisierten Gesellschaft, welche ihnen die natürliche Selbsthilfe verbietet, haben ein Recht, von dieser Gesellschaft die Mittel zur Erhaltung, Erziehung und Verpflegung zu fordern.

Dieses Recht an den Staat ist der Angelpunkt aller „sozialen Fragen“. Und das Mittel, ihn geltend zu machen im weitesten Umfang, ist die politische Gleichberechtigung der wahren Demokratie.

Ueber die Staatsaufgabe, speziell in Bezug auf die Staatshilfe zur Aufrichtung der kapitallosen Arbeiter, sagt der schweizerische Nationalrath F. Bernet in einfacher und klarer Weise: *)

„Unter Staatshilfe versteht man in diesem Kapitel nicht, daß der Staat mit Ueberlassung seiner finanziellen Kräfte und unter Benachtheiligung seiner übrigen Zwecke dem Bürger Unterstützung leiste, die dieser sich durch eigene Arbeit verdienen soll. Dies würde zu einer vererblichen Begehrligkeit führen und kein wohlthätiger Sporn für die Arbeiter sein. Unter Staatshilfe auf diesem Gebiete wird nur verstanden, daß der Staat durch eine vernünftige Benutzung seiner Hülfsmittel und seines Credits der Arbeit möglichst billiges Betriebskapital zuwendet, sie vor den Wechseln und der Willkür der Kapitalherrschaft zu sichern trachte und für beide Theile möglichst gerechte Verbindung zwischen Arbeit und Kapital vermittele. Es giebt nun eine Meinung, welche auch die Staatshilfe als verwerflich erachtet. Die Einen erklären, dies sei dem Staat nicht möglich, ohne seinen Kredit zu gefährden. — Die Anderen erklären diese Staatshilfe nicht als notwendig, da die Privat speculation Alles ebenso gut reguliren werde. Die drüben, und mit Diesen ist eine Lange zu brechen, sprechen dem Gemeinwesen geradezu das Recht zu dieser Staatshilfe ab. Man schlägt sich dabei in Theorien über den Begriff von Staat herum. Die Einen erklären in demselben nur eine Vereinigung zu gegenseitig polizeilichem und militärischem Schutz für die Ordnung im Innern und die Unabhängigkeit gegen Außen. Andere wollen ihm noch weitere stützende Zwecke zukommen lassen und legen ihm daher die Pflicht auf, für die Schulbildung zu sorgen, Andere geben ihm das Recht, Straßen zu bauen und Eisenbahnen — und man müht sich ab, die Grenzen abzustecken, wo die Wirksamkeit des Staates aufhören müßte. Unfruchtbar Theorien, sobald man die Volkssouveränität ungeschmälert anerkennt! Der Staat ist eine Gemeinschaft von Bürgern und seine Zwecke sind, was diese Gemeinschaft zwischen als der gemeinsamen Wohlfahrt dienlich erachtet. Die individuelle Freiheit, wird entgegen, ist die Fahne, um die sich Alles scharren muß. Es ist am Platze, dieser individuellen Freiheit näher in's Auge zu schauen. Es giebt eine individuelle Freiheit, die zur Unterdrückung der Freiheit Anderer werden kann. Die Befreier der alten Privilegien beriefen sich auch auf ihre Freiheit und bestritten dem Staat das Recht, sie abzuschaffen. Man antwortete ihnen: So lange die Gleichheit nicht existirt, ist eure Freiheit nur die Willkür. — So geht's auf allen Gebieten — auch auf dem

*) Ueber die Irthümlichkeit dieser Ansicht des Verf. werden wir uns am Schluß aussprechen. D. Red.

*) Unser abweichendes Urtheil am Schluß. D. Red.

von Vereinswegen unterstützt werden. — Wir ersuchen, diese Darlegung in den Versammlungen aller Orts- und Arbeitervereine zu verlesen, damit die Arbeiter über ihre wirklichen Rechte aufgeklärt werden und nicht fernher glauben, eine Kasse sei nur dann zu Recht bestehend, wenn der preussische Adler darunter prangt. Weder Regierung, noch städtische Behörde haben von jetzt an rechtmäßig mit unseren Kassen etwas zu schaffen — und daß die Befestigung und Veranschaulichung der Behörden an und für sich die Kassen nicht besser macht, das hat doch wahrlich die langjährige Erfahrung über allen Zweifel erhoben. Also vorwärts auf der freien Bahn!

Gewerkvereins-Chronik.

Aus Berlin.

§ In der Versammlung des Orts. der Bildhauer zc. am 26. v. M. wurden verschiedene Anträge des Generalrats erledigt. Ferner wurde in derselben unter Beifügung vieler Wünsche über die Mängel unserer Geschäfte und deren Beseitigung gesprochen, was zu dem Resultate führte, daß eine öffentliche Versammlung aller Bildhauer Berlins einberufen werden soll, um obigen Gegenstand gründlich zu besprechen und Mittel zur Abhilfe der Mängel zu finden.

U. Linde, Sekretär.

§ Der Ortsverein der Buchbinder zc., einer der ältesten Ortsvereine, feierte am 4. d. M. sein zweites Stiftungsfest in einem traulichen Kreise von Freunden und Freundinnen in recht gemüthlicher Weise durch Concert, Gesang, Vorträge und Tanz. Nachdem der Vorsitzende eine Ansprache an die Anwesenden gehalten, gab er den Redenschlußbericht, aus dem folgendes hervorzuheben ist. Die Vereinskasse hat einen Bestand von 17 Thlr. 3 Gr. 3 Pf., die Krankenkasse von 41 Thlr. 21 Gr. 6 Pf. und ist dieses Resultat, bei den ungunstigen Verhältnissen welche der Verein durchgemacht, ein erfreuliches zu nennen. Ein dreifaches donnerndes Hoch, welches von dem Sekretär des Vereins auf den anwesenden Anwalt, Hrn. Dr. Max Hirsch, ausgebracht wurde, erwiderte dieser unter einigen Dankesworten auf den Ortsverein der Buchbinder zc., worin sämtliche Anwesenden freudig einstimmen. Hr. Landgraf, welcher hiezu die Festrede hielt begann damit, daß der Ortsverein der Buchbinder nicht etwa, um zu prunken und zu glänzen, sein heutiges Fest feiere, sondern es sei so recht eine wahre Familienfeier, dazu angethan, die Mitglieder, welche trotz aller Hindernisse an unserer Organisation festhalten, anzuerkennen und auf kurze Zeit alle Widerwärtigkeiten vergessen zu machen. Redner bedauerte lebhaft, daß die Organisation der Gewerksvereine, welche von unserm Anwalt nach Deutschland verpflanzt worden, leider noch von dem größten Theil der Arbeiter nicht verstanden, und von einem andern Theile aus persönlichen Rücksichten verkannt wird; würde diese Organisation, welche eine Frage der Zeit ist, an den Arbeitern spurlos vorübergehen, ohne feste Wurzel in ihren Kreisen zu fassen, so würden dieselben aus Jahrzehnte hinaus die Verantwortung tragen, etwas Gutes, was ihnen und ihren Nachkommen geboten worden, zum Schaden und Nachtheil der ganzen Arbeiter-Bevölkerung zurückgewiesen zu haben. Aber, sagte Redner aus, dies ist nicht zu befürchten, wenn ein Herz, gerade wie das unsere, im Entschessen schon mit so vielen Schwierigkeiten zu kämpfen hat und die Mitglieder dennoch festhalten an dem einmal Geschlossenen, so ist die Lebensfähigkeit unbedingt dargethan. Zum Beweise führte Redner folgendes an: Zuerst trat uns an verschiedenen Stellen die Behörde hindernd in den Weg, besonders in Sachen unserer Unterstützungskassen, und erst in der letzten Zeit ist dieses Hinderniß überwunden. Ferner, kaum ein Jahr alt, kämpften wir jene große soziale Schlacht, den Waldenburger Streit, welche für uns verloren ging; als noch Alles bis zum Ermatten erschöpft war, drach der Kaiser Strife herein, und kaum war dieser beendet, so kam der gegenwärtige unglückselige Krieg mit Frankreich, welcher Laufende aus unserer Mitte um Verdienst und Brod brachte, auf der andern Seite große Mangel unter die Waffen rief, und dennoch! dennoch stehen wir da gerüstet für jeden Fall und mit der Zuversicht, daß, sobald der Krieg dem Frieden Platz gemacht, wir auch einen neuen Aufschwung zum Heile des Arbeiters nehmen werden. Wer nun, meine Freunde, so schloß Redner, noch an der Lebensfähigkeit unserer Organisation gewweifelt hat, dem glaube ich durch das eben Vorgeführte vollständig beseitigt zu haben, daß er im Irrthum war, und nun immer herein zu uns, damit später von uns fern Kindern nicht gesagt werden kann: Unsere Väter haben ihre Zeit und Aufgabe nicht verstanden; und darum ein dreifaches Hoch dem deutschen Gewerksverein! Allgemeiner Beifall ward dem Redner zu Theil und blieb die Gesellschaft in der frohlichsten Stimmung bis spät in die Nacht hinein beisammen.

§ In der am 26. November abgehaltenen Versam-

lung des Ortsvereins der Maschinenbau- und Metallarbeiter, welche als unser Stiftungsfest galt, entwarf der Vorsitzende, Hr. Blum, in kurzen Umrissen einen Bericht über das verfloffene Vereinsjahr. Er führte aus, daß die Zeit eine zu ernste sei, um Stiftungsfeste mit Pomp und Tanz zu feiern, während unsere Vereinsbrüder im schweren Kampfe für das Vaterland bluten. Ebenso führte er in seiner Rede die Entstehung des Vereins den Mitgliedern nochmals vor Augen und wies auf unsere Gegenpartei hin, wie dieselbe trotz ihrer Machinationen ihrem wohlverdienten Schicksale entgegen eilt, und wie wir dagegen unseren Mitgliedern jetzt schon greifbare Vorteile bieten und unsern ganzen Einrichtungen sich mehr und mehr vervollkommen, aber dazu habe nur die Standhaftigkeit der Mitglieder geführt, die trotz der schweren Zeit tapfer zum Verein gehalten; mit ehrenden Worten gedachte er der auf dem Schlachtfelde gefallenen Vereins-Genossen. Hierauf berichtete der Sekretär über die geschäftlichen Sachen; demnach waren im Laufe des letzten Jahres 17 Ortsversammlungen abgehalten, welche im Durchschnitt von 300 Mitgliedern besucht waren. Den Reichthum hatten 159 Mitglieder in Anspruch genommen, von den vielen Prozessen (wovon viele mit großen Geldforderungen) haben wir bis auf einen alle gewonnen. Die Arbeits-Vermittlung, welche noch viel zu wünschen übrig läßt, hat im Laufe des Jahres von 112 angemeldeten Mitgliedern 51 zu Stellen vermittelt, darunter Werführer und Maschinenmeister. Von den in Berlin bestehenden Fabriken hatten 21 vom Ortsverein Arbeiter verlangt. Der Kassen-Abschluß zeigte, trotz der riesigen Ausgaben für Arbeits-Einstellung in Waldenburg und Spandau zc. 1595 Thlr. 7 Gr. 1 Pf. Die Krankenkasse, die unter den ungunstigen Verhältnissen in's Leben trat, einen Kassen-Bestand von 1409 Thlr. 24 Gr. 3 Pf. Mitglieder zählte der Ortsverein 1600, die Krankenkasse 1200, die Invalidenkasse 835. Außerdem gehören zur Sterbekasse 343 Frauen unserer Mitglieder. Der Generalsekretär, Hr. Lüttger, berichtete über die Ausbreitung des Gewerksvereins und wurde das Urtheil des Kammergerichts, in Betreff der ohne Genehmigung der Regierung bestehenden Krankenkassen zc., mit großem Beifall aufgenommen. Die Mitglieder hielten nach der Versammlung in Gemüthlichkeit noch lange beim Glase Bier vereinigt, wo dann eine kleine Auktion für zu gründende Vereinshäuser die Feier schloß.

§ In der Versammlung des I. Ortsvereins der Tischler zc., welche am 3. Dezember stattfand, wurden zunächst mehrere Briefe verlesen, welche von Vereinsmitgliedern, die zu den Bahnen einberufen, geschrieben waren. Ein Antrag, sämtliche Dultungsbücher der Mitglieder einzuschießen, um eine gründliche Revision zu halten, wurde angenommen und soll Jeder für sein abgeliefertes Buch eine Quittung erhalten. Mit den freiwilligen Sammlungen für die Familien der eingezogenen Mitglieder wird fortgefahren, da wir 21 Frauen mit 34 Kindern zu unterstützen haben, und sind bereits zu diesem Zweck 32 Thlr. 10 Gr. aus der Vereinskasse und 14 Thlr. 2 Gr. 6 Pf. durch freiwillige Sammlungen voraussetzt worden. Ein Antrag des Ausschusses, vom 1. Dezember 1870 ab das volle Krankengeld wieder zu zahlen, wurde ebenfalls angenommen. Zum Schluß wurde der Ausschuß mit den Vorbereitungen zu unserm Stiftungsfest, welches am 3. oder 4. Weihnachtstagsfesttag stattfinden soll, beauftragt.

D. Richter, Sekr.

§ Straßburg. Am 26. Novbr. fand eine Orts-Versammlung statt, welche der Vorsitzende Herr Binner mit geschäftlichen Mittheilungen eröffnete. Der zweite Gegenstand der Tagesordnung betraf einen von dem Ortssekretär der Maschinenbau- und Metallarbeiter, A. Schubert, eingebrachten Antrag, welcher folgendermaßen lautete: Ich stelle hiermit den Antrag, in der heutigen Versammlung zu prüfen und über die jeweilige Meinung des Ortsverbandes abzustimmen, ob es auch sicher und praktisch sei, mit der Errichtung von nationalen Gewerks- resp. Kranken-, Sterbe- und Invalidenkassen auch ohne die vorberichtigte Genehmigung von Seiten der Regierung vorzugehen oder nicht? Die Versammlung stimmte nach einer längeren Debatte mit einer Majorität von nur demselben Gewerksvereins-Unterstützungsgesellen eine sichere Zukunft und muß mit Gründung solcher rüthig vorgegangen werden. Der dritte Gegenstand betraf eine Besprechung hierzu eine eingehendere Berathung unbedingt notwendig, wurde diese Angelegenheit wegen vorgedachter Zeit bis zur nächsten Sitzung vertagt.

A. Schubert, Schriftführer.

§ Habels L. Sachsen. Troß aller Widerwärtigkeiten des schigen Krieges ist es uns dennoch gelungen, einen Ortsverein am hiesigen Orte zu gründen. Da derselbe vorläufig verschiedene Berufsclassen umfaßt, so haben wir uns dem Gewerksverein der Fabrik- und Handarbeiter angeschlossen. Bei der großen Sympathie, welche die Gewerksvereinsbewegung in allen Schichten der Bevölkerung findet, ist eine gezielte Einwirkung des hiesigen Vereins zu erwarten. Hr. Dahlmann aus Reipzig, welcher

so thätig zur Gründung dieses Vereins beigetragen, sagen wir unsern innigsten Dank. Th. Rende, Vorf.

§ Sächsl. In der Vers. d. Orts. der Schneider zc. am 26. Novbr. hielt Herr Dr. Specht einen Vortrag über die jetzigen politischen Ereignisse und über die soziale Frage. Redner hebt besonders hervor: Das, was uns jetzt so mächtig bewegt, ist der Wille des deutschen Einigungswertes, und wir können uns nur darüber freuen; aber es wäre zu bedauern, wenn dabei die Freiheit des Volkes wenig gewinne besonders aber in Bezug auf das Vereins- und Beschäftigungsbedürfnis wir eine weit größere Freiheit als bisher. Nachdem Redner noch im Allgemeinen die politischen Verhältnisse der Zeit beleuchtet, ging er zur sozialen Frage über. In dieser Frage gebe es leider eine große Zahl Parteien jedoch sind nur die zwei Hauptparteien besonders zu berücksichtigen: 1) die Social-Demokratische und 2) die Schulze-Dehligsche Arbeiterpartei. Redner, welcher die Bedeutung des Wortes Social-Demokrat erklärt, kommt zu dem Schluß, daß unsere jetzigen Social-Demokraten diesen Namen gar nicht führen sollten, sondern sich eher Kommunisten nennen müßten. Uebrigens läßt es in den Köpfen dieser Leute ungenügend wie auf dem Nürnberger Trödelmarkt aus, da sie nicht nach den Gesetzen der Natur handeln, unklar und überspannt in ihren Forderungen sind. Das Schulze-Dehlig'sche Prinzip erkennt Redner als das Richtige an, da dieses das rein Naturngemäße ist, indem es lehrt, daß die Arbeiter zusammenzuscharen sollen, um sich auf ihre eigenen Füße zu stellen und mit ihren Zuständen sich vertraut zu machen, damit Einer dem Andern ratend, helfend und belehrend zur Seite stehen kann, nur auf diesem Boden sei es möglich, den wahren Vorkurs herzustellen. Allgemeiner Dank der Versammlung wurde dem Vortragenden. Ueber einen Antrag des Generalrats sprach sich die Versammlung dafür aus, daß, weil die Generalversammlung dieses Jahr ausfällt, dieselbe nächstes Frühjahr stattfinden müsse, da die wichtigsten Ereignisse dieses Jahres auch auf unsere Vereine gewirkt haben und vielleicht so manche Aenderung in denselben notwendig machen. Ein mißliebiger Fall, welcher zwischen unserm Vorsitzenden und unserem Kontroleur vorgekommen, wurde dadurch, daß sich beide Herren die Hand der Versöhnung reichten, zu Aller Freude beiläufig.

S. Weber, Ortssek., Schützenhof Nr. 7.

§ Greifswald, den 6. Decbr. 1870. In der am 3. d. Mts. stattgefundenen Versammlung des Orts. der Fabrik- und Handarbeiter wurden die Vortheile hervorgehoben, die den Mitgliedern erwachsen würden, wenn wir uns einen Konsumverein gründeten. Da auch bereits schon von hiesigen Ortsverbänden die Errichtung einer Vereinsbäckerei in die Hand genommen worden ist, so forderte Herr Hansen die Mitglieder dringend auf, sich zu unterzeichnen, um zu sehen, wie viel Mitglieder sich daran beteiligen. Wiederholt beleuchtete Herr Giesch die großen Vortheile der Vereinsbäckerei, wie auch des Konsumvereins, woran sich eine lebhafteste Debatte schloß, welche leider am Schluß kein vollständiges Resultat ergab, da eben hier die Mitglieder noch immer kein richtiges Vertrauen zu der Sache besitzen.

Hansen, Vorsitzender. Bunge, Sekretär.

Arbeitervereins-Chronik.

— Die vom Berliner Arbeiter-Verein seit Kurzem ins Leben gerufenen Sonntag-Abend-Versammlungen haben eine Schranke überschritten, welche das Vereinsgesetz den Frauen der Mitglieder her politischen Vereine zieht. In diesen allgemeinen Versammlungen wird es nämlich den Frauen möglich, an den wissenschaftlichen Vorträgen Theil zu nehmen und geschäftlich in einer recht erfreulich zahlreichen Weise. Am letzten Sonntag sprach Herr Ingenieur Blum über den Interessen der Kunst und Industrie auf zahlreichen Gebieten für heutzutage; die letztere aber durchweg als schädlich und fittungsverwendend. — Es folgten verschiedene Vorträge von Vereinsmitgliedern, sowohl erstens als auch launigen Inhalts und schließlich ein sehr gemüthliches Liederkonzert. — Am Montag Abend hielt Herr Dr. Galtan einen längeren, sehr beifällig aufgenommenen Vortrag über die Politik Frankreichs gegen Deutschland seit Ludwig XIV. bis in die neueste Zeit. Er wies nach, wie das System des französischen Machthabers sowohl des absoluten als auch des republikanischen Frankreichs stets dahin gegangen ist, Deutschland in Unfrieden und somit zerrissen zu erhalten. Auf den Stand des gegenwärtigen Frankreichs übergehend, sprach Redner die Zuversicht aus, daß, wenn Deutschland aus demselben endlich stark, einig und frei hervorgehe, daß dann auch die in Besitz genommenen und nicht wieder herausgegebenen deutschen Provinzen Elsaß und Lothringen sich bald wohl und heimisch in deutschen Verbänden, dem sie nach Sprache, Kunst und Sitte angehören — finden werden. — Unter anderen Vereinsthätigkeiten wurde Johann Schömann

sozialen. Die absolute Freiheit der Einen kann zum Faustrecht werden gegenüber den Anderen. Was nützt der einen Klasse die Bewilligung der individuellen Freiheit, wenn sie für sie nur auf dem Papiere steht und nur die andere die Mittel hat, sie zu gebrauchen? Wo ist die individuelle Freiheit der Fabrikarbeiter und anderer Arbeiter, die man von heut auf morgen auf die Gasse stellen kann? Wo diejenige des verschuldeten Bäuerleins oder Gewerbestandes? Sei man billig — das Kapital hat noch Freiheit genug — auch neben einem staatlichen Kreditinstitute, es kann sich regen und wenden auf alle Weise — die Welt steht ihm offen. Gerade die Freiheit der Arbeit, auf welche sich die Gegner der Unterstützung durch Staatskredit berufen, verlangt solche staatliche Kreditinstitute, damit jedem rechtschaffenen, gesunden Menschen, der arbeiten will, es möglich werde, mittelst derselben seine Existenz zu finden — Seidem, in welchem Winkel er geboren sei, was er ererbt habe oder nicht ererbt habe — eben deswegen, damit die Arbeit eine freie, selbstständige sein kann, ist es nötig, daß der freie Staat ihr seinen Schutz gewähre durch eines seiner natürlichsten, kräftigsten und gerechtesten Hülfsmittel, durch seinen Kredit.“ (Fortsetzung folgt.)

Wochenplan.

(Die Verfassungsdebatten im Reichstage. — Dr. Löwe's Rede. — Die Anträge der Fortschrittspartei abgelehnt. — Interpellation Dunder. — Vom Kriegsausplag. — Das neue deutsche Reich.)

Berlin, 8. Dezember.

So viel Monate die Diplomaten gebraucht haben, um die sogenannte Verfassung des deutschen Bundes fertig zu machen, so viel Tage fast genügen dem hohen Reichstag dazu. Am Montag hat die Generaldebatte über die zukünftige Gestaltung Deutschlands begonnen, und spätestens am Sonnabend wird aller Wahrscheinlichkeit nach die Schlussabstimmung über sämtliche drei Verträge stattfinden. Freilich macht sich die große Mehrheit der Abgeordneten die Sache weit leichter, als es den Herren vom grünen Tisch vergönnt war. Von Anfang an stand der Entschluß bei Senen fest, trotz aller schwerwiegender Bedenken dem Werke ihres Meisters Bismarck das Siegel unerbitterter Annahme aufzudrücken. Die Konföderation älterer und jüngerer Einie erklärten dies sofort mit aller Offenheit, ihre zahlreichen Stimmen bilden ja nur das Echo des Bundeskanzlers; die National-Liberalen dagegen versuchten allerlei Angriffe und Verbesserungsvorschläge, sie beschworen die Regierungen, die letzteren doch annehmen zu wollen — aber sie ließen zugleich deutlich durchblicken, daß sie schließlich auch bereit seien, die neue Verfassung unverbändert zu genehmigen.

Daß auch wir die Ueberbrückung des Mains, die Vereinigung von Nord und Süd zu einem einheitlichen Deutschland mit aller Sehnsucht herbeiwünschten, das bedarf wohl keiner Versicherung mehr. Aber wir sind nach der ganzen Lage der Dinge überzeugt, daß wenn der Reichstag nur fest auf seinen Forderungen bestanden hätte, alsdann die Regierungen wenigstens einen Theil derselben acceptirt haben würden, aus dem einfachen Grunde, weil die Regierungen b.: dem Zustandekommen der Einigung mindestens ebenso interessiert sind, wie die Wähler. Statt diesem richtigen Gesichtspunkte zu folgen, hat aber die Majorität des Reichstags, noch schlimmer als 1867, selbst die wesentlichsten Verschlechterungen der Bundesverfassung schon in der zweiten Beratung gutgeheißen.

Nur die eigentliche Linke, die Fortschrittspartei (selbst diese leider mit Ausnahmen!) und einige andere Abgeordnete, hat zu der hochwichtigen Angelegenheit eine würdige und consequente Stellung eingenommen. Sie stellte und verteidigte zunächst den Antrag (Dunder und Gnossen) auf Einberufung eines allgemeinen deutschen Reichstags zur Vereinbarung der deutschen Verfassung. Denn bei so weittragenden Entscheidungen müsse auf den Quell aller Rechts, auf das Volk selbst, zurückgegangen werden, und sonach habe sich das ganze deutsche Volk durch seine Neuwahlen über die Verfassungsvorlagen auszusprechen. Einen Reichstag darüber entscheiden zu lassen, dessen gesetzliches Mandat eigentlich schon abgelaufen, verstoße gegen alle Prinzipien der Demokratie. Kaiser, Schuppe, und Dunder

trat in einer, allgemein als meisterhaft anerkannten Rede, der Abgeordnete Dr. Löwe-Gathe, der letzte Präsident des deutschen Parlaments von 1849, für diesen Standpunkt ein. Wir glauben denselben nicht besser vertreten zu können, als wenn wir die begeisterten Worte wenigstens im Auszuge folgen lassen. Dr. Löwe erhielt nach dem bekannten Kreuzzeitungs-Wagner das Wort, welches mit den Worten geschlossen hatte: „Lassen Sie uns die Thatfachen anerkennen, lassen Sie uns den Beweis führen, daß unsere Volksvertreter vor Paris hier im Parlament die rechte Landwehr haben.“

Abg. Löwe: Ich will die Wünsche des Vordröners wohl beherzigen und bin überzeugt, daß wir die Aufgabe haben sollten, die großen Opfer und Ströme Blutes hier zu formuliren in einer Verfassung, welche so großer Dyer würdig ist. (Bravo.) Wir halten den gegenwärtigen Krieg für einen gerechten, nicht nur in seinem Beginn, sondern auch in diesem Augenblick noch. (Beifall.) Ich will Sie nicht mit Aeußerungen über die Competenz unterhalten, aber meine schweren Bedenken, die ich habe, wenn Sie diesem Rest zustimmen, kann ich nicht verschweigen. Der Beschluß darüber führt auf einen ganz anderen Weg, als den, welchen wir seit 25 Jahren unausgesetzt verfolgt haben. Es ist nicht eine Verfassungsänderung im gewöhnlichen Sinne des Wortes, welche wir beschließen sollen, sondern es ist eine völlige Umkehr von dem bisherigen Wege. Der Abschluß des Werkes mit der Kaiserkrone bringt für das Oberhaupt des Bundes keine größere Macht; das Oberhaupt ist vielmehr schwächer geworden, der bloße Titel ist nicht eine Stärkung der Macht, und zur Stärkung reicht nicht die bloße Hausmacht aus. Dem schwachen Kaiser gegenüber wird der Particularismus Schritt für Schritt an Terrain gewinnen. (Sehr wahr!) Der Redner beleuchtet hierauf die Folgen des Vertrages für Bayern und nennt denselben ein Danaergeschenk. Wir sind vom größten Dank, so fährt er fort, gegen den Patrioten auf dem Throne Bayerns erfüllt für die Schmellichkeit, mit welcher er seiner Nation voranging. Wäre Bayern mit den Südstaaten neutral geblieben, so würden die Dinge doch eine ganz andere Wendung genommen haben. Dieser Gefahr begegnen wir noch heute, wenn auch durch die Waffenbrüderschaft eine Garantie gegeben ist, daß das Verderben nicht so leicht über uns hereinbrechen kann; Europa wird sich nicht so leicht an die neue Lage der Dinge gewöhnen; es werden allerhand Intriguen hervorgerufen werden, um den alten Zustand wieder herzustellen. Dies kann nur verhindert werden, wenn Sie Europa die Ueberzeugung der vollständigen Einheit Deutschlands zwischen Fürst und Volk beibringen. Sie wollen zwar den liberalen Charakter der Verfassung herstellen. Sie lassen aber alle Garantien für ein freies Bürgerthum fehlen und überlassen den einzelnen Staaten, namentlich Bayern, das Recht, zu machen was es will. Wenn Sie von dem deutschen Bürger verlangen, daß er sein Blut zur Vertheidigung des Vaterlandes hingiebt, so geben Sie ihm auch das Recht, sich überall in den deutschen Landen niederzulassen, wo er will. Als ich die volle Hingebung beim Beginne des Krieges sah, da sagte ich mir: nun werden wir die volle deutsche Einheit haben, wir werden den Rechtsstaat erhalten, und was haben wir jetzt schon gesehen unter den Freunden dieser Verfassung? Der Particularismus ist schon wieder vorhanden. Die Vorlage ist ein Probitest für uns, ob wir ein Werk schaffen wollen, mit welchem die Nation ein neues Leben beginnen kann, in welchem die Parteien sich neu organisiren können. Der Vertrag mit Bayern hält diese Probe nicht aus, deshalb stimme ich dagegen. (Lebhafte Beifall.)

Der Antrag der Fortschrittspartei auf ein allgemeines Parlament wurde natürlich abgelehnt, ebenso ihre ferneren Anträge auf Einführung der Grundrechte, der direkten Gewähl einer konstitutionellen Verfassung für alle Bundesstaaten (Medlenburg) u. Selbst der Antrag, bei der Kompetenz-Erweiterung des Bundes auf das Press- und Vereinswesen wenigstens den Schutz der Presse, der Versammlungen und Vereine gegen alle vordringenden (Präsidenten-) Maßregeln in die Verfassung aufzunehmen, wurde trotz lebhaftester Vertheidigung durch die Abg. Dunder, Dr. Hirsch und Dr. Becker verworfen! Natürlich, für die Rechte des Volkes ist kein Platz in dem neuen deutschen Bunde! Auch die National-Liberalen hatten im Verein mit der Fortschrittspartei eine Reihe von dringenden Verbesserungsg-

anträgen eingebracht — als aber Delbrück erklärte, die Regierungen würden sich keinesfalls darauf einlassen, da stimmte ein großer Theil dieser tapferen und consequenten Partei gegen die eigenen Anträge!

Und doch hatte es an eindringlicher Warnung nicht gefehlt. Zwei Tage vor Beginn der Verfassungsberatung hatte die Interpellation des Abg. Dunder, von diesem aufs Klarste motivirt, die massenhaften gesetzwidrigen Uebergriffe des Generalgouverneurs Vogel v. Falkenstein dargelegt, und auf Rechenschaft und Abhülfe gedrungen. Allein obgleich alle Parteien die Rechtswidrigkeit dieser Maßregeln anerkennen mußten und der Abg. Bebel, ohne Widerspruch zu erfahren das wahrhaft brutale Verfahren bei der Abführung der Braunschwiger Social-Demokraten schilderte, so erfolgte von Seiten des Bundesrats eine beinahe höhnische Antwort, welche nicht einmal die Gesetzwidrigkeiten zu entschuldigen suchte. So ist der Rechtszustand im Norddeutschen Bunde, und dem gegenüber wird von den Nationalen die Vertrauenslosigkeit gepredigt!

Draußen in Frankreich ist es endlich zu einem entscheidenden Erfolge gegen die Loire-Armee gekommen. Nach einer Reihe heftiger und leider auch für uns verlustreicher Gefechte hat am 5. Dezember die Armee des Prinzen Friedrich Karl Orleans eingenommen; die französische Armee wird gegen Blois und Tours verfolgt. Durch diesen Sieg und das Zurückdrängen der Pariser Ausfalltruppen ist die Entsezung der Hauptstadt endgültig vereitelt. Aber auch vor Paris stellen sich die Verluste der Deutschen, besonders der braven Würtemberger und Sachsen, in den letzten Kämpfen als sehr bedeutend heraus, sie zählen nach Tausenden. Im Norden ist die große und wichtige Stadt Rouen von der ersten Armee besetzt worden. Von einer Nachgiebigkeit der französischen Regierung verlautet trotz dieser Schläge noch immer nichts; diese Leute scheinen ihr Land erst vollständig ruiniren zu wollen. Der Krieg wird immer wilder und unmenslicher.

Morgen wird ungewisslich der deutsche Kaiser vom Reichstage proklamirt, und der deutsche Bund in ein deutsches Reich verwandelt werden. Möchte dem Namen bald die Sache folgen, möchte das neue Kaiserreich, ungleich dem alten, ein Reich der Einigkeit, des Friedens und der Freiheit werden!

M. S.

Noch einmal die Unterstützungs-Kassen.

Die preussischen Behörden betrachteten bisher, im Widerspruch mit den gerichtlichen Entscheidungen aller Instanzen, unsere Gewerkeins-Krankenkassen und Begräbniskassen als ungesetzlich. Diese Ansicht führte auch zu der Praxis, die Bestimmung des § 141 der Gewerbe-Ordnung auf die Kassen der Gewerkevereine nicht anzuwenden, so daß die Mitglieder derselben gezwungen wurden, nach wie vor die Beiträge zu den Zwangsclassen zu leisten. Dies war auch in Spandau mit ca. 10 Mitgliedern des Ortsvereins der Bauhandwerker geschehen, indem ihnen laut Verfügung des Magistrats die angeblich schuldigen Beiträge durch ihre Meister vom Lohn inne behalten worden. Der Vorstand wandte sich an den Verwaltungsanwalt, welcher in einem Schreiben die doppelte Ungesetzlichkeit dieser Maßregel darthat, nämlich als Verletzung des Lohnschlagsnahme-Gesetzes und der Gewerbe-Ordnung. Wie wir seeben durch Herrn Kirchstein erfahren, hat demzufolge der Magistrat zu Spandau die von ihm angeordnete Beschlagnahme zurückgenommen. — Diese für Laubende wichtige Angelegenheit stellt sich nun gesetzlich folgendermaßen. Will ein Arbeitnehmer aus der Zwangsclassen aussteigen, so braucht er nur dem Vorstande derselben durch Vorlegung seines Quittungsbuchs nachzuweisen, daß er einer Gewerkevereins-Krankenkasse resp. Begräbniskasse angehört, alsdann kann ihn Niemand mehr zwingen, Beiträge zur alten Klasse zu zahlen, am wenigsten auf dem Wege der Lohnbeschlagnahme, welche für diesen Zweck gesetzlich durchaus unstatthaft ist. Sollte trotzdem ein Zwang versucht werden, so ist es das Recht und die Pflicht jedes Arbeiters, sich zunächst durch Beschwerde und wenn diese nicht fruchtet, durch gerichtliche Klage zu schützen. Die Mitglieder der Gewerkevereine werden darin durch den statutenmäßigen Rechtschutz